



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss
Gebäudewirtschaft**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-20164

Fax: (0221) 221-20863

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 10.06.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 30.05.2022, 16:00 Uhr bis 19:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Stefanie Ruffen	FDP	
Herr Jürgen Kircher	SPD	
Frau Bärbel Hölzing	GRÜNE	
Herr Gerhard Brust	Auf Vorschlag von GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	ab 17.55 Uhr vertreten durch Herrn Weber
Frau Ira Sommer	CDU	ab 17.40 Uhr vertreten durch Herrn Erkelenz
Frau Claudia Brock-Storms	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE	
Herr Ralf Schmidt	Auf Vorschlag von Volt	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Erkelenz	CDU-Fraktion
Herr Mario Michalak	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Florian Weber	CDU-Fraktion

Beratende Mitglieder

Herr Philipp Busch	Auf Vorschlag von AfD
Herr Stephan Eckstein	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Christoph Goedecke	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Andreas Bischoff	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Martin Schoser	Auf Vorschlag von CDU
Frau Doris Ruch	Auf Vorschlag von SPD

Herr Marcus Schmitz	Auf Vorschlag von SPD
Herr Sebastian Overhage	Auf Vorschlag von der FDP
Herr Manuel Jeschka	Auf Vorschlag von Volt
Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------------	-----------------------------------

Ratsmitglieder

Frau Nicolin Gabrysch	Klima Freunde
-----------------------	---------------

Verwaltung

Herr Beigeordneter Markus Greitemann	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Herr Wolfgang Behrisch	Gebäudewirtschaft
Herr Pfeuffer	Dezernat Bildung, Jugend und Sport
Frau Dr. Hannelore Vogt	Stadtbibliothek
Frau Kerscher	Amt für Wohnungswesen
Frau Beate Patzer	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

Schriftführer

Herr Hans-Michael Bernecker	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
-----------------------------	----------------------------------

Schriftführerin

Frau Birgit Karbig	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
--------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Denise Abé	GRÜNE
-----------------	-------

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Beate Dickas	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Christiane Schmidt	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Lisa Schopp	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Stephan Wieneritsch	Auf Vorschlag von CDU
Herr Lutz Tempel	Auf Vorschlag von SPD
Herr Stefan Schüller-Breu	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Deborah Timm	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Helga Mesmer	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Turan Özküçük	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertreterin der Stadt Köln
---------------------	------------------------------------

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen teilt zu Beginn der Sitzung mit, dass der Ausschuss nach den Sommerferien wieder im Historischen Bau des Rathauses im Theodor-Heuss-Saal tagen soll. Der Theodor-Heuss-Saal soll umgebaut werden, so dass nach dem Umbau circa 48 Plätze zur Verfügung stehen. Außerdem sollen ab der zweiten Jahreshälfte auch hybride Sitzungen möglich sein. Hier erfolgt noch die rechtliche Prüfung durch den Sitzungsdienst.

Frau Ruffen lädt die Ausschussmitglieder zu einer gemeinsamen Besichtigung der Baustelle des MiQua ein.

Vor Eintritt in die Debatte zur Festsetzung der Tagesordnung weist die Vorsitzende darauf hin, dass Frau Dr. Vogt von der Stadtbibliothek einen Vortrag zum Planungsstand halten wird und schlägt vor, in der Reihenfolge der Beratung den Betriebsausschuss entsprechend vorzuziehen und TOP B1 zusammen mit TOP B3 vorab zu behandeln.

Folgende Tagesordnungspunkte wurden nach Versand der Einladung zugesetzt:

I. Öffentlicher Teil

- A Verpflichtung sachkundiger Einwohner*innen
- B Kulturbauten
- B3 Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek Köln, Stand 13. Mai 2022
0035/2022/3
- B4 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 20. April 2022
0012/2022/2
- C Einholung eines Stimmungsbildes zur Möglichkeit eines Livestreams der Sitzungen des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft
- 1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates
- 1.2.1 Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) - zur gemeinsamen Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt –
AN/0745/2022
1160/2022
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates
- 2.1.1 „Wenn Schule wirklich Priorität haben soll...“ Einleitung eines Planungs- und Bauverfahrens zur Errichtung eines Schulinterimbaus für eine neue Gesamtschule auf der Vogelsanger Straße - zu AN/0711/2022 und AN/0750/2022
1262/2022/1 (als Tischvorlage)

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen schlägt vor, diesen TOP zusammen mit TOP 7.3, 7.4 und 7.6 zu besprechen.

Der Antrag AN/1050/2022 Schulbaupaket II - geplante Baumaßnahme für die GGS Hohe Str. 77 in Porz-Ensen unter TOP 2.2 wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

- 2.3 Modellprojekt Unisex-Toiletten
AN/1060/2022
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)
- 4.1 Grundsanierung des Gebäudes Martinstraße 30 -
Planungs- und Baubeschluss – Neufassung
4019/2021/2
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)
- 5.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines
oder mehrerer Investor*innen mit Grundstück zur Planung und Er-richtung
eines Gymnasiums im Stadtbezirk Porz
0954/2022

Die Vorlage war ursprünglich unter TOP 13.1 irrtümlich als „nicht-öffentlich“ ausgewiesen.

- 5.9.1 Änderungsantrag zu 13.1 Durchführung eines europaweiten
Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines oder mehrerer Investor*innen mit
Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gymnasiums im Stadtbezirk
Porz
AN/1038/2022 (als Tischvorlage)
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- 6.1 Stellungnahme zu den Objekten in der Friedrich-Engels-Straße, 50937 Köln -
zur mündlichen Anfrage von Herrn Brust vom 7. März 2022
1046/2022
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.5 Zwischenbericht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.03.2022
1650/2022
- 7.6 Interimsstandort Venloer Wall - zu AN/1051/2022
1766/2022 (als Tischvorlage)

II. Nichtöffentlicher Teil

- 15 Mitteilungen der Verwaltung
- 15.1 Projektverzögerungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, der
Hochwasser-Katastrophe und des Kriegs in der Ukraine, Stand 05.05.2022
1462/2022
- 15.2 Sachstandsbericht zum Prüfbericht Forderungen aus Mietverträgen und
Verwaltung von Leerständen - zu 1400/2021
1606/2022

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Verpflichtung sachkundiger Einwohner*innen
 - B Kulturbauten
 - B1 Planungsstand Stadtbibliothek – Vortrag Frau Dr. Vogt -
 - B2 Sachstandsbericht zum Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten - Stand: 4. Mai 2022
0036/2022/1
 - B3 Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek Köln, Stand 13. Mai 2022
0035/2022/3
 - B4 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 20. April 2022
0012/2022/2
 - C Einholung eines Stimmungsbildes zur Möglichkeit eines Livestreams der Sitzungen des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft
- 1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 1.1 Sanierungsstau bei den Sporthallen - zu Anfrage AN/0708/2022 der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion VOLT
1041/2022
 - 1.2 Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz - GEIG
AN/0745/2022
 - 1.2.1 Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) - zur gemeinsamen Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt -
AN/0745/2022
1160/2022
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 2.1 „Wenn Schule wirklich Priorität haben soll...“ Einleitung eines Planungs- und Bauverfahrens zur Errichtung eines Schulinterimbaus für eine neue Gesamtschule auf der Vogelsanger Straße - zu AN/0711/2022 und AN/0750/2022
1262/2022

2.1.1 „Wenn Schule wirklich Priorität haben soll...“ Einleitung eines Planungs- und Bauverfahrens zur Errichtung eines Schulinterimbaus für eine neue Gesamtschule auf der Vogelsanger Straße - zu AN/0711/2022 und AN/0750/2022 1262/2022/1

2.2 Schulbaupaket II geplante Baumaßnahme für die GGS Hohe Str. 77 in Porz-Ensen
AN/1050/2022

2.3 Modellprojekt Unisex-Toiletten
AN/1060/2022

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)

4.1 Grundsanie rung des Gebäudes Martinstraße 30 -
Planungs- und Baubeschluss - NEUFASSUNG -
4019/2021/2

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

5.1 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer 4-zügigen Grundschule mit zwei Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-Rondorf Nord-West
0600/2022

5.2 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors oder einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grund- und Gesamtschule im Stadtbezirk Mülheim
0797/2022

5.3 Wirtschaftsplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
4439/2021

5.4 Bauliche Maßnahmen im Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstraße 4, 50679 Köln-Deutz: Ertüchtigung der Verkabelung, Herrichtung eines naturwissenschaftlichen Fachraums und Akustikmaßnahmen
0654/2022

5.5 Erstellung eines Erweiterungsbaus Küche mit Mensa sowie die erforderlichen Nebenräume für die offene Ganztagschule inklusive Anbau einer Aufzugsanlage für die Grundschule Ernstbergstr. 2, 50765 Köln-Blumenberg
Baubeschluss
2642/2021

- 5.6 Sanierung der Trauerhalle auf dem Friedhof Weiß und Umnutzung als Kolumbarium - Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss
0032/2022/1
- 5.7 Sanierung der alten Trauerhalle auf dem Friedhof Melaten und Umnutzung als Kolumbarium - Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss
0032/2022/2
- 5.8 TU-/GU-Schulbaumaßnahme: Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule Adalbertstraße durch Totalunternehmen - Planungs-, Bau- und Mittelfreigabebeschluss
2399/2020
- 5.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines oder mehrerer Investor*innen mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gymnasiums im Stadtbezirk Porz
0954/2022
- 5.9.1 Änderungsantrag zu 13.1 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines oder mehrerer Investor*innen mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gymnasiums im Stadtbezirk Porz
AN/1038/2022

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Stellungnahme zu den Objekten in der Friedrich-Engels-Straße, 50937 Köln - zur mündlichen Anfrage von Herrn Brust vom 7. März 2022
1046/2022

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - halbjährlicher Bericht, Stand 30. März 2022
1022/2022
- 7.2 Sachstand zu Schulhofentsiegelungen - zu AN/2094/2021 (Beschluss des Finanzausschusses vom 04.10.2021)
1334/2022
- 7.3 Information zu den Interimsstandorten Kreuzer Straße und Venloer Wall
1500/2022
- 7.4 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Grundschul-Interims auf der Vogelsanger Straße statt am Venloer Wall vom 7.4.2022
1621/2022
- 7.5 Zwischenbericht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.03.2022
1650/2022

7.6 Interimsstandort Venloer Wall - zu AN/1051/2022
1766/2022

8 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

**12 Entscheidungen
(Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)**

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

13.1 -siehe TOP 5.9-

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

15.1 Projektverzögerungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, der Hochwasser-Katastrophe und des Kriegs in der Ukraine, Stand 05.05.2022
1462/2022

15.2 Sachstandsbericht zum Prüfbericht Forderungen aus Mietverträgen und Verwaltung von Leerständen - zu 1400/2021
1606/2022

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung sachkundiger Einwohner*innen

Der Rat hat in seiner Sitzung am 05. Mai 2022 gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung Mitglieder der Seniorenvertretung als sachkundige Einwohner*innen in die Fachausschüsse gewählt.

Für den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft wurden Herr Heinz-Peter Bourry als sachkundiger Einwohner und Frau Hedwig Drießen als Stellvertretung gewählt.

Der anwesende Herr Bourry wurde entsprechend verpflichtet mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Bauausschusses und des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

B Kulturbauten

B1 Planungsstand Stadtbibliothek – Vortrag Frau Dr. Vogt

Frau Dr. Vogt erläutert anhand einer Präsentation die künftige Innenraumgestaltung der Zentralbibliothek.

Herr Jeschka, sachkundiger Einwohner VOLT-Fraktion, hat gelesen, dass es im Jahr 2019 nach der Neueröffnung 40% mehr Besucher*innen gab und möchte wissen, wie die aktuellen Besucher*innenzahlen sind.

Frau Dr. Vogt antwortet, dass nach den Schließzeiten wegen des Lockdowns zum Schutz vor Corona die bisherigen Zahlen noch nicht wieder erreicht wurden.

Herr Kircher, SPD-Fraktion, freut sich auf die Eröffnung der neuen Stadtbibliothek und hofft, dass sie in 2027 plangemäß bezogen werden kann.

Der Vortrag von Frau Dr. Vogt wird zur Kenntnis genommen.

B2 Sachstandsbericht zum Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten - Stand: 4. Mai 2022 0036/2022/1

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen wundert sich, dass das Gebäude noch nicht in Betrieb genommen werden kann.

Frau Rinnenburger erklärt, dass noch ein Element zur Steuerung der Klimaanlage fehlt, das für Ende Juni angekündigt ist. Danach ist im Leerbetrieb vor der Einpflanzung eine dreimonatige Erprobung der Anlage nötig. Nach der Bepflanzung, die nur zu bestimmten Zeiten erfolgen kann, sollen noch ein Höhenweg und ein Canyon baulich hergestellt werden.

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**B3 Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek Köln, Stand 13. Mai 2022
0035/2022/3**

Herr Overhage, FDP-Fraktion, fragt nach dem Sachstand zur Fremdanmietung.

Herr Behrisch erklärt, dass der Eigentümer für die Genehmigung eine Zeitschiene von 3 Monaten geplant hat, die Ende Juni 2022 endet. Insofern verbleibe noch eine Frist von einem Monat. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln sei im ständigen Austausch mit der Bauaufsicht. Das Risiko bleibe aber auf ROT.

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**B4 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums &
Fondation Corboud, Stand: 20. April 2022
0012/2022/2**

Herr Overhage, FDP-Fraktion, möchte wissen, ob die Schürfergebnisse vorliegen.

Der Beigeordnete Herr Greitemann bestätigt, dass die ersten Schürfergebnisse vorliegen und dass bis Ende Juli feststeht, ob die Planung im Kellerbereich angepasst werden muss.

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**C Einholung eines Stimmungsbildes zur Möglichkeit eines Livestreams der
Sitzungen des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft**

Die Vorsitzende Frau Ruffen holt ein Stimmungsbild der Mitglieder des Ausschusses zu einem möglichen Livestream der Sitzungen des Bauausschusses und des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft über das Internet ein.

Hierzu stellt sie die von der Verwaltung ausgearbeiteten möglichen Alternativen vor:

1. Der Ausschuss stimmt der Übertragung mittels Livestream nicht zu.
2. Der Ausschuss stimmt der Übertragung mittels Livestream zu.

Dem Ausschuss ist bekannt, dass die dafür bereitzustellenden Haushaltsmittel von circa 8.000 Euro jährlich (inklusive MwSt.) derzeit nicht in der Haushaltsplanung veranschlagt oder in der Budgetvorgabe vorgesehen sind.

Der Bauausschuss und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft nimmt in Kauf, dass die dafür erforderlichen Haushaltsmittel aus Umschichtungen zu Lasten anderer (Pflicht-) Aufgaben bereitgestellt werden müssen.

3. Der Ausschuss stimmt der Übertragung mittels Livestream zu.

Dem Ausschuss ist bekannt, dass die dafür bereitzustellenden Haushaltsmittel von circa 8.000 Euro jährlich (inklusive MwSt.) derzeit nicht in der Haushaltsplanung veranschlagt oder in der Budgetvorgabe vorgesehen sind.

Dezernat VI-Planen und Bauen informiert den Bauausschuss und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft unverzüglich nach Abschluss eines entsprechenden Rahmenvertrages und plant die auf dieser Grundlage erforderlichen Haushaltsmittel bei der Haushaltsplan-Anmeldung 2023 ff. entsprechend ein.

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen berichtet, dass der Ausschuss Schule und Weiterbildung sich für Variante 3 entschieden hat und auf einen einheitlichen Vorschlag für alle Ausschüsse nach den Sommerferien wartet. Es gebe tatsächlich Anfragen von Interessierten, die gerne den Ausschuss-Sitzungen von zu Hause folgen möchten. Sie würde es begrüßen, ob die Sitzungen nicht nur live mit verfolgt werden können, sondern auch anschließend noch abgerufen werden können.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, würde das Thema gerne zunächst in der Fraktion besprechen. In den Ratssitzungen wurde bisher nur das Rednerpult gefilmt. Da sich in den Ausschüssen die Mitglieder vom Platz aus melden müsste man eine bewegte Kameraführung beauftragen, da bei einer Standkamera dann nur die Ausschussvorsitzende zu sehen sei und man die Redebeiträge nur hören würde, ohne die Sprecher*innen dazu zu sehen.

Der Beigeordnete Herr Greitemann weist darauf hin, dass Einzelfragen zur Umsetzung noch zu klären sind und zunächst ein generelles Stimmungsbild erfasst werden soll, ob der Ausschuss überhaupt bereit wäre, einen Livestream zuzulassen.

Frau Ruffen ergänzt, dass dies eine Entscheidung der betroffenen Ausschussmitglieder sei und somit die Fraktionsmeinung in diesem Zusammenhang nachrangig sei.

Frau Henk-Hollstein, CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass das je nach Ausschuss individuell beurteilt werden muss. Ihre Fraktion möchte für den Bau- und Betriebsausschuss nicht zustimmen. Insbesondere im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft finde ein reger lösungsorientierter Austausch untereinander statt. Das spiegelt sich auch in den offenen zielorientierten Antworten der Verwaltung auf die eingebrachten Anfragen wider. Sie befürchtet, dass ein Livestream sich zu Lasten der offenen Diskussionen auswirke und die Beratungen mehr in den Bereich der Fraktionen verlagere.

Auch Herr Kircher, SPD-Fraktion, möchte das Thema in seiner Fraktion diskutieren, doch müsse dafür zunächst von der Verwaltung ein konkreteres Konzept vorgelegt werden. Es handele sich um eine Frage von politischer Transparenz, aber die Bedingungen müssten klarer sein.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, teilt mit, dass seine Fraktion zur dritten Alternative tendiere, vorher aber noch Gesprächsbedarf mit allen sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen in der Fraktion habe.

Frau Ruffen erklärt für ihre Fraktion, dass man der Meinung sei, öffentliche Sitzungen sollten öffentlich zugänglich sein. Nach Möglichkeit auch nach der Sitzung. Auch öffentlich könne und solle man offen miteinander reden. Nach ihrer Meinung sollten alle Ausschüsse öffentlich sein. Als Referenz könne man die Übertragungen des Rates nehmen. Für die Ausschüsse würde sich eine Perspektive empfehlen, bei der man den gesamten Saal im Blick habe. Ihre Fraktion stimmt für Livestreams von Ausschusssitzungen.

Herr Schmidt, Fraktion VOLT, spricht sich im Sinne von Transparenz dafür aus, dass zu allen Ausschüssen Live-Streams angeboten werden sollen. Er wünscht sich Kameranäherungen zu den Redner*innen mit eingeblendeten Informationen zum Tagesordnungspunkt und über die Sprecher*innen.

Herr Busch, Fraktion AfD, bittet die Verwaltung, die rechtlichen Probleme einer Aufzeichnung zum Beispiel in Bezug auf sachkundige Einwohner*innen zu beachten. Er vermisst regelmäßige Niederschriften zum Bau- und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Grundsätzlich sei seine Fraktion für Livestreams der Sitzungen, die auch anschließend noch verfügbar sein sollten.

Auch Frau Gabrysch, Klima Freunde, spricht sich aus Gründen der Transparenz für auch anschließend abrufbare Livestreams der Sitzungen aus.

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen fasst zusammen, dass das Gremium möglichst nach den Sommerferien noch zusätzliche Details wünscht.

Der Ausschuss sieht die Möglichkeit eines Livestreams überwiegend positiv, sieht es aber als erforderlich an, vor einer Entscheidung ein konkretes Konzept der Verwaltung zur Ausgestaltung zu erhalten.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Sanierungsstau bei den Sporthallen - zu Anfrage AN/0708/2022 der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion VOLT 1041/2022

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

1.2 Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz - GEIG AN/0745/2022

1.2.1 Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) - zur gemeinsamen Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt - AN/0745/2022 1160/2022

Die Anfrage wird zurückgestellt.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 „Wenn Schule wirklich Priorität haben soll...“ Einleitung eines Planungs- und Bauverfahrens zur Errichtung eines Schulinterimbaus für eine neue Gesamtschule auf der Vogelsanger Straße - zu AN/0711/2022 und AN/0750/2022 1262/2022

2.1.1 „Wenn Schule wirklich Priorität haben soll...“ Einleitung eines Planungs- und Bauverfahrens zur Errichtung eines Schulinterimbaus für eine neue Gesamtschule auf der Vogelsanger Straße - zu AN/0711/2022 und AN/0750/2022 1262/2022/1

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen lässt den TOP zusammen mit den Tagesordnungspunkten 7.3, 7.4 und 7.6 besprechen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bittet, die vorgelegten Zeichnungen für Menschen ohne Fachwissen zu erläutern. Er möchte wissen, warum ein Schnitt der Gesamtschule im Weidenbruch vorgelegt wird. Wenn Versorgungsleitungen unter der Vogelsanger Straße die Maßnahme hindern, dann sei dies von Anfang an kein

möglicher Interimsstandort für eine Gesamtschule gewesen. Diese Information hätte man schon bei der Entscheidung benötigt.

Frau Ruffen erwidert, dass die Information damals bereits benannt wurde.

Herr Kockerbeck wundert sich, dass laut Plan ein Interim für eine Grundschule trotzdem möglich sei und fragt, ob es rechtlich verboten sei, ein Gebäude auf einer Straße zu errichten.

Frau Rinnenburger verweist auf eine Anlage zu TOP 7.3 (Folie 24), in welcher das kleinstmögliche Volumen der Grundschule auf die Straße gesetzt wurde. Ein Teil der Schule im Norden würde in den Grüngürtel hineinragen. Zur besseren Erläuterung, was im Untergrund stattfindet, hat die Verwaltung unter TOP 2.1.1 beispielhaft Schritte mit dem gleichen Volumen beigelegt. Dadurch sollte dargestellt werden, wie viele Leitungen tatsächlich unter einer solchen Schule liegen. Unterhalb des Hauses werden grundsätzlich die Grundleitungen für Wasser und Abwasser et cetera verlegt. Das ist auf einer Straße gesetzlich nicht verboten. Die Systemskizze unter TOP 2.1.1 zeigt, was ohnehin schon unterhalb einer Straße verlegt ist, wie Fernwärme, Telefonleitungen, Gasleitungen, Sammler für Wasser und Abwasser und so fort. Diese Leitungen ließen sich rein technisch betrachtet verlegen. Sie müssten dann aber daneben in den Grüngürtel verlegt werden. Als Variante könnte man die komplette Schule auf Ständer stellen und über 10 Jahre offene Leitungen unterhalb des Gebäudes auf der Straße verlegen. Das erfordert dann Begleitheizungen für Wasser und Abwasser. Ob das sinnvoll ist wäre noch zu entscheiden. Aus technischer Sicht wird es nicht empfohlen, weil die Grundleitungen unterhalb der Straße auf jeden Fall verlegt werden müssen, wenn darauf gebaut wird, weil man dort sonst nicht herankommt, um etwa eine defekte Gasleitung zu reparieren. Allein das Verlegen einer Fernwärmeleitung würde mindestens ein Jahr Zeit kosten.

Frau Gabrysch, Klima Freunde, bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme, ob sie Bauten auf versiegelten Straßenflächen grundsätzlich als eine mögliche Option anerkennt und bereit wäre, ihre Umsetzung zu prüfen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen gibt zu bedenken, dass man das nicht modellhaft beantworten könne, weil jede Straße anders aussieht.

Der Beigeordnete Herr Greitemann versichert, dass die Verwaltung jede Möglichkeit prüft, um Flächen für Schulplätze zu gewinnen. Wenn man auf eine Straße bauen möchte, dann muss man die darunter liegenden Leitungen verlegen, weil sie frei zugänglich sein müssen. Wegen des erforderlichen Zeitfaktors, des Aufwandes und der Kosten bevorzugt die Verwaltung andere Flächen, die frei zugänglich sind.

Herr Kircher, SPD-Fraktion, erinnert daran, dass ein Teilstück der Vogelsanger Straße gesperrt war und niemandem aufgefallen ist, dass es gefehlt hat. Die Hinweise der Verwaltung sind wertvoll und waren vorher nicht bekannt. In der Vergangenheit hat es auch bereits Gebäude gegeben, die auf Straßen errichtet wurden, wie den Kaiser-Wilhelm-Bau. Um ein Interim für eine Schule zu gewinnen, dürfe nichts zu schade sein, um nachgefragt und geprüft zu werden. Wenn die Prüfung dann ergibt, dass das nicht geht, dann ist das in Ordnung. Aber die Chance einer Prüfung auch ungewöhnlicher Möglichkeiten müsse man ergreifen dürfen.

Frau Ruffen entgegnet, dass im Vorjahr geprüft wurde, ob dort eine Grundschule hingestellt werden kann. In diesem Zusammenhang wurden alle Argumente ausgetauscht. Vor diesem Hintergrund verstehe sie nicht, dass die Verwaltung erneut eine schulrechtlich nicht zulässige Gesamtschule an dieser Stelle prüfen soll. Die dafür benötigte Zeit fehlt bei dem Bau von Schulplätzen.

Frau Gabrysch bedauert, dass man die Chance nicht genutzt hat, als die Straße gerade offen war. Das mache den Eindruck, dass man diese Möglichkeit nicht ehrlich untersucht habe. Zudem habe man die Anwohner*innen und die Eltern der KiTa nicht beteiligt.

Herr Greitemann widerspricht und weist darauf hin, dass die Verwaltung transparent alle Vorgänge beispielsweise im Petitionsausschuss und dokumentiert im Internet vorgestellt habe.

Frau Gabrysch vermutet, dass man in diesem Fall zu spät reagiert habe. Die Bürger*innen seien nicht beteiligt worden.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erinnert sich, dass noch zur Zeit von Frau Dr. Klein die Eltern der KiTa informiert wurden. Auf Grund der Dauer des Projektes sei dort nun eine neue Elterngeneration, welche die Anfänge nicht mitbekommen hat. Auch sei die Straße nur geöffnet worden, weil dort gerade eine neue Fernwärmeleitung verlegt wird. Wenn man da ernsthaft bauen will, dann kann man nicht zuerst eine Leitung verlegen lassen und im Anschluss verlangen, dass diese an eine andere Stelle verlegt wird. Er fragt die Verwaltung, ob der Beschluss des Ausschusses Schule und Weiterbildung für eine neue Variante für das Interim noch vom Rat bestätigt werden müsse.

Frau Rinnenburger antwortet, dass die Frage juristisch geprüft wurde. Da der Lageplan einer Variante entspricht, die bereits im Petitionsausschuss vorgestellt wurde und nur 5 Meter zur Seite versetzt wurde, ist ein eigener Beschluss des Rates nicht erforderlich (vergleiche die Mitteilung unter TOP 7.6).

Frau Gabrysch unterstellt, dass die kritische Bevölkerung für Verzögerungen beim Schulbau verantwortlich gemacht wird. Die Politik habe seit Jahrzehnten versäumt, das Problem rechtzeitig zu lösen.

Frau Henk-Hollstein, CDU-Fraktion, stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt zu beenden. Sie weist darauf hin, dass man in diesem Ausschuss lösungsorientiert und sachlich miteinander umgehe und bittet Frau Gabrysch, unsachliche Vorwürfe zu unterlassen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.2 Schulbaupaket II geplante Baumaßnahme für die GGS Hohe Str. 77 in Porz-Ensen AN/1050/2022

Die Anfrage wurde vom Antragsteller bereits vor der Sitzung zurückgezogen.

2.3 Modellprojekt Unisex-Toiletten AN/1060/2022

Herr Overhage, FDP-Fraktion, erklärt, dass der Ratsbeschluss zur Einführung von Unisex-Toiletten mit diesem Antrag in ein Modellprojekt überführt werden soll. Dabei sollen die Rahmenbedingungen erarbeitet werden und das Modell getestet werden. Die Schülerschaft des Humboldt-Gymnasium am Kartäuser Wall 40 hat dazu einen Schulkonferenzbeschluss erwirkt. Die Außentoilettenanlagen an der Schule seien gut geeignet, eine gemeinsame Pausentoilette für die gesamte Schülerschaft auszubilden.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, stimmt dem Antrag für seine Fraktion zu und hofft, dass auch an den anderen Schulen bald Unisex-Toiletten eingerichtet werden, weil dies pädagogisch sinnvoll sei. Die Schulen sollten sich aber selbst und bewusst dafür entscheiden dürfen. Deshalb sollte das Amt für Schulentwicklung die Schulen zügig darauf ansprechen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen ergänzt, dass es die Intention des Antrages sei, zunächst kurzfristig Bau- und Qualitätsstandards zu erarbeiten.

Herr Michalak, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wünscht, dass die Mitteilung über die gewonnenen Erkenntnisse auch dem Gleichstellungsausschuss zur Kenntnis gegeben wird.

Beschluss:

Die Gebäudewirtschaft wird im Zuge der Planung von Unisex-Toiletten an Schulen aufgefordert ein Modellprojekt am Humboldt-Gymnasium zu realisieren.
Die Außentoilettenanlage C-Trakt ist barrierefrei und Rollstuhl gerecht umzubauen.
Die Erkenntnisse über die Umgestaltung und die Nutzung sind in die weitere Planung mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen**.

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)

4.1 Grundsaniierung des Gebäudes Martinstraße 30 - Planungs- und Baubeschluss - NEUFASSUNG - 4019/2021/2

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und der Bauausschuss genehmigen – vorbehaltlich der Zustimmung durch die Bezirksvertretung Innenstadt und den Ausschuss Kunst und Kultur - den Entwurf und die Kostenschätzung für die Planung und Herrichtung als Baubüro des Gebäudes in der Martinstraße 30, 50667 Köln.

Die Herrichtungskosten betragen rund 1,01 Mio. Euro brutto inklusive der Einrichtungskosten für das Obergeschoss in Höhe von rund 30.000 Euro brutto.

Zudem genehmigen der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und der Bauausschuss einen Risikozuschlag in Höhe von 25% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtkosten. Dies entspricht einem Betrag von rund 0,25 Mio. Euro brutto.

Die Gesamtkosten der Maßnahme inklusive der Kosten für die Einrichtung und dem Risikozuschlag betragen demnach rund 1,26 Mio. Euro brutto.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft. Die Refinanzierung wird über Mieten nach Inbetriebnahme des Gebäudes auf der Grundlage des dann gültigen Spartenverrechnungspreises für Verwaltungsgebäude erfolgen.

Auf Grundlage der bei der Berechnung des Flächenverrechnungspreises üblichen Annahmen (zum Beispiel Instandhaltungsansatz gemäß Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)) ist bei einer Investitionssumme von rund 1,26 Mio. Euro von einer jährlichen Mietbelastung von rund 58.000 Euro auszugehen. Sie betrifft neben der Mietbelastung (rund 49.000 Euro jährlich) auch die Nebenkosten inklusive der Kosten für Reinigung (rund 9.000 Euro).

Die über den städtischen Haushalt zu entrichtenden Mietzahlungen mindern sich um die durch die Gebäudewirtschaft (GW) selbst genutzten Flächen: Bei einer Eigennutzung von rund 239 m² mindert sich die jährliche Belastung des städtischen Haushaltes somit auf rund 21.000 Euro (rund 17.000 Euro Miete zuzüglich rund 4.000 Euro für Nebenkosten inklusive Reinigung).

Sofern die Bezirksvertretung Innenstadt und der Ausschuss Kunst und Kultur keine abweichenden Beschlüsse vorschlagen verzichtet der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft auf einen zweiten Beschlusslauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen**.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

**5.1 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer 4-zügigen Grundschule mit zwei Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-Rondorf Nord-West
0600/2022**

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau einer Grundschule im Stadtbezirk Rodenkirchen ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll.

Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Rondorf Nord-West zu finden.

Das Grundstück muss für die Unterbringung einer 4-zügigen Grundschule sowie einer Sporthalle mit zwei Sportübungseinheiten geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zum Bau einer 4-zügigen Grundschule für den Stadtbezirk Rodenkirchen.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen** bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

5.2 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors oder einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grund- und Gesamtschule im Stadtbezirk Mülheim 0797/2022

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, hält eine europaweite Ausschreibung in einem so eng umgrenzten Feld für unnötig und fragt, ob dies gesetzliche Gründe habe. Es kämen nur wenige Investoren in Frage, die ein Grundstück in dem Suchradius bereitstellen könnten.

Herr Behrisch weist darauf hin, dass das Verfahren vorschreibe, eine konkretisierte Eingrenzung zu machen.

Herr Kockerbeck hält es für zielführender, das Gebiet für die Ausschreibung größer zu fassen, um mehr taugliche Angebote zu bekommen.

Der Beigeordnete Herr Greitemann erklärt, dass das Verfahren mit der Vergabestelle so abgestimmt sei. Ein unbegrenzter Radius sei nicht möglich. Investor*innen in der direkten Nachbarschaft zum Suchradius hätten die Möglichkeit, sich über Bieterfragen einzubringen. Der Radius könne dann gegebenenfalls erweitert werden.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau einer Grundschule und einer Gesamtschule im Stadtbezirk Mülheim ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Mülheim zu finden. Dieses sollte sich zwischen Deutz-Mülheimer-Straße, der Bahntrasse, Bergischer Ring und im nördlichen Bereich in Höhe Papageienstr. befinden.

Das Grundstück muss für die Unterbringung einer 5-zügigen Grundschule mit 2-fach Sporthalle und einer Gesamtschule mit je 4 Zügen in der Sekundarstufe I und II mit einer 3-fach Sporthalle geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zum Bau eines Schulgebäudes für eine 5-zügige Grundschule mit 2-fach Sporthalle und eines Gebäudes für die Unterbringung einer Gesamtschule mit jeweils 4 Zügen in der Sekundarstufe I und II mit 3-fach Sporthalle im Stadtteil Mülheim.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen. Nach Errichtung der Schulen soll das Objekt einschließlich Grundstück langfristig angemietet werden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen** bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

5.3 Wirtschaftsplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 4439/2021

Frau Ruch, sachkundige Einwohnerin SPD-Fraktion, vermisst im Wirtschaftsplan eine Angabe zur Entwicklung vom Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau -

Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmen ("GU/TU-Maßnahmenpaket").

Herr Behrisch antwortet, dass sich der Wirtschaftsplan auf die Jahre 2022 und die Folgejahre beziehe. Ein Vergleich mit den Vorjahren sei nicht Bestandteil des Wirtschaftsplanes. Wenn sie einen Vergleich wünsche, dann könne gerne eine entsprechende Anfrage gestellt werden.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, findet bei der Stellenübersicht auf Seite 17, dass im Plan für 2022 776 Stellen vorgesehen sind. Ihn interessiert, ob es derzeit noch 721 Stellen aus dem Vorjahr sind und wie viele Beschäftigte auf diesen Stellen arbeiten. Außerdem möchte er wissen, wie viele Stellen vakant sind.

Frau Rinnenburger erklärt, dass 86 Stellenanteile aktuell nicht besetzt sind. Der Zielplan benenne Stellenanteile (im Gegensatz zu Personen). Wie viele Personen das ausmache müsse sie zur Niederschrift nachliefern.

(Ergänzung der Schriftführung:

Von den rund 769 zur Besetzung verfügbaren Planstellen sind derzeit 636 Stellen vollzeitverrechnet besetzt, auf denen aktuell 713 Personen geführt werden.

Zum letzten Stellenplan wurde die Gebäudewirtschaft adäquat zu der vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Auftragslage ausgestattet. Die sich verschärfende Personalgewinnungs- und Personalerhaltungssituation hat dazu geführt, dass nur ein Teil der Stellen zusätzlich besetzt werden konnte.)

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2022 erforderlich ist, wird auf **346,6 Mio. Euro** festgesetzt.

Die Kreditermächtigung gilt bis zum Ende des auf das Wirtschaftsplanjahr folgenden Jahres. Die Betriebsleitung wird ferner ermächtigt, vor einem Planungsbeschluss Voruntersuchungen zur Bestimmung eines projektspezifischen Bausoll durchzuführen und bis zur Höhe der je investiven Maßnahme genehmigten Gesamtkosten (Baubeschluss beziehungsweise Kostenfortschreibungsbeschluss einschließlich Risikobudget) Verpflichtungen einzugehen, die erst in künftigen Jahren zu Ausgaben führen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2022 auf **75 Mio. Euro** festgelegt.

Vorübergehend nicht benötigte Geldmittel des Eigenbetriebs werden in Abstimmung mit der Liquiditätsslage der Gemeinde (vergleiche § 11 EigVO NRW) bei der Kernverwaltung angelegt. Die Betriebsleitung ist nach Maßgabe einer noch zu verabschiedenden internen Richtlinie im Bedarfsfall berechtigt, Tages-, Fest- und/oder Termingelder mit einer Laufzeit bis zu 12 Monaten auch bei Kreditinstituten anzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen**.

5.4 Bauliche Maßnahmen im Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstraße 4, 50679 Köln-Deutz: Ertüchtigung der Verkabelung, Herrichtung eines naturwissenschaftlichen Fachraums und Akustikmaßnahmen 0654/2022

Frau Henk-Hollstein, CDU-Fraktion, möchte wissen, wann die Maßnahme umgesetzt wird.

Frau Rinnenburger erklärt, dass Herrichtung eines Fachraumes vom Objektcenter umgesetzt wird und grundsätzlich im Vorfeld abgestimmt und vorbereitet ist.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

1. „Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln stellt den Bedarf an den baulichen Maßnahmen zur Ertüchtigung der Verkabelung, zur Herrichtung eines naturwissenschaftlichen Fachraums sowie die damit verbundene Einrichtung und die Schaffung von Ersatz für entfallende Archivflächen sowie Akustikmaßnahmen im Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstraße 4 in Köln-Deutz mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich rund 1.214.000 € (brutto) (davon 1.114.000 € Baukosten und 100.000 € Einrichtungskosten) fest und beschließt die entsprechenden Maßnahmen.
2. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung mit der Submission, der Baudurchführung und Einrichtung.
Die zu erwartenden Kosten verteilen sich auf die Haushaltsjahre 2022 – 2025. Die konsumtiven Mittel für die baulichen Maßnahmen werden im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von rund 111.400 € im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus veranschlagten Mitteln finanziert. Die restlichen konsumtiven Baukosten in Höhe von voraussichtlich rund 1.002.600 € werden anteilig in den Haushaltsjahren 2023-2025 (2023 und 2024: je 445.600 €, 2025: 111.400 €) aus im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu veranschlagenden Mitteln finanziert.
Die Kosten für die Verkabelung werden weitgehend, voraussichtlich in Höhe von rund 398.000 € über den DigitalPakt NRW refinanziert.
Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 35.000 € sind im Haushaltsjahr 2025 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zu veranschlaggen.
Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 65.000 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2025 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4016-0301-0-4500 - Einrichtung.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**5.5 Erstellung eines Erweiterungsbaus Küche mit Mensa sowie die erforderlichen Nebenräume für die offene Ganztagschule inklusive Anbau einer Aufzugsanlage für die Grundschule Ernstbergstr. 2, 50765 Köln-Blumenberg
Baubeschluss
2642/2021**

Frau Oedingen, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass die Maßnahme seit 2011 läuft. Da nun noch nach Bodendenkmälern gesucht werde möchte sie wissen, wann die Mensa fertig werde.

Frau Rinnenburger weist auf den Zeit-Maßnahmen-Plan hin, der als Anlage 6 beiliegt. Es handelt sich um den Baubeschluss zur Maßnahme. Zur Niederschrift werde sie nachliefern, ob die Leistungsphase 4 bereits begonnen habe.

*(Nachtrag der Schriftführung: Die Leistungsphase 3 ist abgeschlossen.
Nach dem Baubeschluss geht das Projekt in die Leistungsphase 4 über.)*

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf sowie die Kostenberechnung für den Erweiterungsbau Küche mit Mensa sowie den erforderlichen Nebenräumen für eine Küche mit Anbau einer Aufzugsanlage einschließlich der Einrichtung für die Mensa der Grundschule Ernstbergstr. 2, 50765 Köln-Blumenberg mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich rund 3,6 Mio. € brutto zuzüglich rund 0,4 Mio. € für die Ausstattung und Einrichtung inkl. Großküchenausstattung.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung und Einrichtung des Gebäudes.
3. Zudem genehmigt der Rat der Stadt Köln einen Risikozuschlag von 25 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gem. Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von rund 0,9 Mio. € brutto.
4. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf der Grundlage der bei der Berechnung des Flächenverrechnungspreises üblichen Annahmen ist bei einer Investitionssumme von rund 3,5 Mio. Euro zuzüglich Honorarkosten der Gebäudewirtschaft von 0,1 Mio. Euro von einer jährlichen Haushaltsbelastung von rund 96.000 Euro auszugehen. Sie betrifft neben der Mietbelastung (rund 90.000 Euro) die Nebenkosten inklusive der Kosten für Reinigung (rund 6.000 Euro) und muss voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2024 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert werden.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 35.000 € brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 330.000 € brutto erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4010-0301-6-2780 - GS Ernstbergstr. – Erweiterung.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen**.

5.6 Sanierung der Trauerhalle auf dem Friedhof Weiß und Umnutzung als Kolumbarium - Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss 0032/2022/1

Herr Kircher, SPD-Fraktion, bittet die Verwaltung um eine Erklärung zum Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes, dass die Maßnahme bereits ausgeführt werde.

Frau Rinnenburger erklärt, dass die Trauerhalle im Rahmen der Betreiberverantwortung von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln als Eigentümerin instandgesetzt wurde. Das sei nicht zustimmungspflichtig, weil dies als Geschäft der laufenden Verwaltung zählt. Als die Maßnahme bereits begonnen wurde gab es parallel einen Beschluss der zuständigen Bezirksvertretung, dass hier ein Kolumbarium als Bestattungsform errichtet werden solle. Dies wurde im Zusammenhang mit der Maßnahme zur Instandsetzung mit beplant unter Verkennen der Tatsache, dass für die Nutzungsänderung ein politischer Beschluss des Rates erforderlich ist. Der politische Beschluss wird nun während des laufenden Verfahrens nachträglich eingeholt.

Herr Schmidt, Fraktion VOLT, hat Probleme damit, eine alte Trauerhalle dauerhaft anders zu nutzen. Er hätte sich ein schlichteres Kolumbarium vorstellen können.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Sanierung der alten Trauerhalle auf dem Friedhof Weiß und deren künftige Nutzung als Kolumbarium.

In diesem Zusammenhang wird die Friedhofsgebührensatzung vom 14.02.2013 um diese Form der Bestattung ergänzt und die Gebührensatzung generell überprüft und aktualisiert.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen** bei Enthaltung der Fraktion VOLT.

5.7 Sanierung der alten Trauerhalle auf dem Friedhof Melaten und Umnutzung als Kolumbarium - Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss 0032/2022/2

Herr Busch, Fraktion AfD, weist auf die alte Trauerhalle auf dem Friedhof Melaten hin, die sich in einem desolaten Zustand befindet. Eine Nutzung als Kolumbarium sei dort besser, als das Gebäude verkommen zu lassen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen merkt an, dass für die „neue“ Trauerhalle zum Friedhof Melaten in der Piusstraße eine Betonsanierung erforderlich sei.

Frau Rinnenburger erwidert, dass man die Betonsanierung für diese Halle bereits plane.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Sanierung der alten Trauerhalle auf dem Friedhof Melaten und deren künftige Nutzung als Kolumbarium.

In diesem Zusammenhang wird die Friedhofsgebührensatzung vom 14.02.2013 um diese Form der Bestattung ergänzt und die Gebührensatzung generell überprüft und aktualisiert.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen** bei Enthaltung der Fraktion VOLT.

5.8 TU-/GU-Schulbaumaßnahme: Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule Adalbertstraße durch Totalunternehmen - Planungs-, Bau- und Mittelfreigabebeschluss 2399/2020

Herr Kircher, SPD-Fraktion, fragt nach, wie die seit 2015 mit der stillgelegten Bestandsaula der Schule genutzt werde.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, liest in der Vorlage, dass für die neue Aula Parkplätze auf dem gepflasterten Schulgelände zur Verfügung stehen. Er fragt, ob für den Bau einer Aula Parkplätze nachzuweisen sind. Außerdem habe er vernommen, dass die Größe der geplanten Aula knapp bemessen sei.

Frau Rinnenburger beschreibt, dass die aktuelle 1,5-geschossige Aula als mit ansteigender Sitzreihe und Oberrang als Mittelpunkt des Viertels für vielfältige Veranstaltungen genutzt werde. Der obere Bereich der Aula sei bereits vor längerer Zeit aus Brandschutzgründen geschlossen. Damit war die Aula für eine klassische Schulnutzung wie beispielsweise eine Abschlussfeier nicht mehr geeignet gewesen, weil sie zu klein war. Der Brandschutz kann im Bestand nicht hergestellt werden, weil kein getrennter Fluchtweg möglich ist. Deshalb hat die Verwaltung beschlossen, etwas Neues aufzustellen. Die Größe wurde nach Vorgaben des Amtes für Schulentwicklung geplant. Die Stellplätze müssen nicht wegen der Aula nachgewiesen werden. Sie sind wegen der vielfältigen Nutzung vor Ort erforderlich. Es handelt sich lediglich um einen Hinweis, dass der Schulhof dort gegebenenfalls zum Parken benutzt werden kann, sodass die anliegenden Straßen entlastet werden.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in einem nationalen Verfahren für den Standort der Katharina-Henoth-Gesamtschule in der Adalbertstraße die **Planung und Errichtung** einer Aula **durch ein Totalunternehmen** ausschreiben zu lassen.

2. Der Rat erkennt den oberen Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahme in Höhe von rund 3,67 Millionen Euro an und beschließt die Einrichtungs-

kosten in Höhe von rund 203.600 Euro (investiver Anteil 150.000 Euro, konsumtiver Anteil 53.600 Euro).

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand, nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Flächenverrechnungspreises.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 53.600 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten von voraussichtlich rund 150.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4014-0301-8-4607 - Gesamtschule Adalbertstraße-Einrichtung Bühnentechnik.

3. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 150.000 Euro im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben für die Einrichtung der Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17, Köln – Höhenberg, Finanzstelle 4014-0301-8-4607 - Gesamtschule Adalbertstraße-Einrichtung Bühnentechnik.

Der Beschluss erfolgt generell vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

4. Der Rat genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 25 % auf den oberen Kostenorientierungswert.

5. Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ausschließlich nicht delegierbare Bauherrenaufgaben und Leistungen der Projektleitung erbringt. Alle weiteren zur Erreichung des Projektzieles notwendigen Leistungen wird die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln an freiberuflich Tätige vergeben.

6. Eine erneute Gremienvorlage ist nicht erforderlich, solange der genannte obere Kostenorientierungswert um nicht mehr als 25 % überschritten wird. Durch den Planungs- und Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die aufgrund öffentlich-rechtlicher Bestimmungen (zum Beispiel im Bereich des Naturschutzrechts, et cetera) erforderliche Gremienbeteiligung bleibt von diesem Beschluss unberührt.

7. Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Köln im zweiten Quartal 2022 nach voraussichtlichem Abschluss des nationalen Ausschreibungsverfahrens zu der Schulbaumaßnahme über den Stand der Ausschreibungen berichten.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen** bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

5.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines oder mehrerer Investor*innen mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gymnasiums im Stadtbezirk Porz 0954/2022

5.9.1 Änderungsantrag zu 13.1 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines oder mehrerer Investor*innen mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gymnasiums im Stadtbezirk Porz AN/1038/2022

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen weist darauf hin, dass es zu dieser Vorlage noch Klärungsbedarf und den vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion gibt.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bestätigt, dass ihre Fraktion darum bittet, die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben.

Der Beigeordnete Herr Greitemann hat Herrn Pfeuffer als sachkundige Vertretung des Dezernates IV – Bildung, Jugend und Sport mit in die Sitzung eingeladen, um zusammen mit ihm zu begründen, warum man an dieser Stelle ein Gymnasium benötigt. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln richte sich grundsätzlich nach der Schulentwicklungsplanung und nach der abgestimmten Prioritätenliste. Zusätzlich wurden ein Stärkungspaket Gesamtschulen und ein Stärkungspaket Gymnasien aufgelegt mit dem Ziel, bis zum Schuljahr 2025/2026 ausreichend Plätze in den Eingangsklassen anzubieten. Zudem muss eine Mehrklassenbildung an bestehenden Gymnasien verhindert werden, weil 2026/2027 der erste Jahrgang nach G9 nicht nach der 12. Klasse die Gymnasien verlässt, sondern in die 13 übergeht. Diese konkrete Ausschreibung werde für die hinreichende Ausstattung der Stadt Köln mit gymnasialen Plätzen zur Deckung des stadtweiten Bedarfes und des Bedarfes in Porz benötigt.

Herr Pfeuffer, Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, erinnert daran, dass sowohl im Bereich der Gesamtschulen als auch im Bereich der Gymnasien ein Bedarf besteht, der in gleicher Priorität und Stärke umgesetzt werden soll. Mit der Schulentwicklungsplanung 2020 wurde eine Vorschlagsliste der Verwaltung vorgelegt, wo mögliche Gesamtschulen und an welcher Stelle Gymnasien eingerichtet werden könnten. Diese wurde auf Vorschlag der Politik nachgebessert, sodass man nun in Rondorf Nord-West ein Gymnasium an Stelle einer Gesamtschule errichtet. Schon damals wurde für den Bereich Schubertstraße / Falkenhorst in Porz ein Gymnasium vorgeschlagen. Die vom Dezernenten angesprochenen Stärkungspakete zielen darauf an, kurzfristig mit Hilfe von Interims und Beschleunigungsmaßnahmen je 6 neue Gymnasien und 6 neue Gesamtschulen zu errichten. Neben dem mit der Vorlage zu beschließenden Gymnasium in Porz ist das Gymnasium in Rondorf Nord-West (Vorlagen-Nummer 0600/2022) ein weiterer Bestandteil des Stärkungspaketes für die Gymnasien. Weiterhin gehören 2 Standorte im Stadtbezirk Innenstadt dazu, von denen einer im Rahmen eines Investorenverfahrens umgesetzt werden soll. Die Ausschreibung dazu ist erfolgt und die Schule wird bereits vorbereitet. Durch die langfristige Anmietung einer Immobilie soll ein weiterer Standort gesichert werden. Beim Stärkungspaket Gesamtschulen gebe es eine Reihe von möglichen Optionen. Dazu gehört ein Ausschreibungsverfahren für den Stadtbezirk Kalk, wo 2 Gesamtschulen zeitnah umgesetzt werden sollen. Weitere Standorte sollen durch Folgenutzungen bestehender Interimsgebäude gewonnen werden. So kann die Gesamtschule Wasseramselweg zum Schuljahr 2024/2025 in ihr abschließendes Schulgebäude umziehen und macht das als Interim genutzte Snake-Gebäude frei. Mit dem Vermieter ist

abgestimmt, dass direkt im Anschluss in dem Gebäude eine weitere Gesamtschule starten kann.

Frau Henk-Hollstein, CDU-Fraktion, bedankt sich für die Klärung. Sie versteht, dass das Gymnasium in Porz als Teil des Stärkungspaketes bereits beplant ist, sodass der Änderungsbeschluss der SPD-Fraktion eine Umplanung erforderlich machen würde. Das führe zu einer Verzögerung, sodass dann nicht sichergestellt ist, dass die Maßnahme im Rahmen des Stärkungspaketes umgesetzt werden kann. Wenn das richtig ist, dann werde die CDU-Fraktion den von der Verwaltung formulierten Beschluss unterstützen.

Frau Hölzing bittet um eine genauere Auflistung der beiden Stärkungspakete. In der letzten Zeit sei viel für die Gymnasien unternommen worden. Genauso werden auch Gesamtschulen benötigt. Das müsse in der Fraktion nochmals geklärt werden, weshalb sie darum bittet, die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben.

Herr Kircher, SPD-Fraktion, schließt sich der Bitte für seine Fraktion an.

Auch Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, möchte die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf geben und bittet darum, dass man nach den Sommerferien die zu den beiden Stärkungspaketen gehörenden Standorte genauer darzustellen. Seine Fraktion würde gegenwärtig den Änderungsantrag unterstützen, da es im Stadtbezirk Porz bisher nur eine Gesamtschule gebe. Die Erweiterung der bestehenden Gesamtschule in Porz auf 8 Züge könne Eltern davon abhalten, diese Schulform zu wählen.

Der Beigeordnete Herr Greitemann stellt klar, dass es die Aufgabe und Absicht der Verwaltung ist, frei von Ideologien den bestehenden Bedarf an Schulplätzen sowohl für Gymnasien als auch für Gesamtschulen zu decken.

Die Priorität des Schulministeriums liege aktuell bei den Gymnasien, weil der Wechsel von G8 auf G9 erfolgt. Hierfür müssen mit Maßnahmen zur Beschleunigung zum Schuljahr 2025/2026 die Schulplätze bereitgestellt werden.

Deshalb bittet der Dezernent um das Vertrauen in die Planung der Verwaltung.

Frau Ruffen erklärt für ihre Fraktion, dass man die Erkenntnisse aus dem Schulentwicklungsplan akzeptieren werde. Sie warnt davor, durch eine erneute Diskussion über die Schulform in den nächsten Sitzungslauf zu geraten.

Herr Kircher weist darauf hin, dass durch ein Weitergeben ohne eigenes Votum **in den weiteren Sitzungslauf** zur nächsten Ratssitzung keine Zeit verloren gehe. Seine Fraktion könnte zwar ein Votum abgeben, aber es seien noch nicht alle Fragen diskutiert.

Herr Kockerbeck stellt klar, dass er lediglich beantragt habe, dass das Stärkungspaket für die Gesamtschulen und für die Gymnasien nach der Sommerpause von der Verwaltung dargestellt wird. Auch er sei einverstanden, wenn die Vorlage ohne eigenes Votum in die kommende Ratssitzung geschoben werde.

Der Beigeordnete Herr Greitemann gibt zu bedenken, dass jede Strategieänderung einen immensen Aufwand verursacht: die funktionalen Leistungsbeschreibungen müssten neu formuliert werden und vieles mehr. Das wäre ein Verlust wertvoller Zeit.

Auch Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht davon aus, dass ihre Fraktion bis zum Rat entscheidungsfähig ist. Man wolle nichts verhindern oder verzögern.

Frau Henk-Hollstein, CDU-Fraktion, bittet, dass die Verwaltung schon zum kommenden Finanzausschuss und zur Ratssitzung eine Auflistung der je 6 Schulen aus den Stärkungspaketen zur Verfügung stellt.

Herr Pfeuffer bittet um Nachsicht, dass aktuell an einigen Stellen noch nicht der konkrete Standort mit Straße und Hausnummer benannt werden könne.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne eigenes Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Stellungnahme zu den Objekten in der Friedrich-Engels-Straße, 50937 Köln - zur mündlichen Anfrage von Herrn Brust vom 7. März 2022 1046/2022

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erinnert daran, dass man zu dieser Thematik eine sachkundige Vertretung des Rechtsamtes in den Ausschuss einladen wollte.

Herr Behrisch erklärt, dass es sich da um ein Missverständnis handelt: Es war gesagt worden, dass sich das Liegenschaftsamt in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt bei der Verwaltung diese Angelegenheit prüfe.

Herr Schmidt, Fraktion VOLT, erinnert sich daran, dass man die Begriffe „Beschlagnahme“ und „Enteignung“ nicht klar habe trennen können und dass in diesem Zusammenhang der Beigeordnete zugesagt habe, eine sachkundige Fachkraft aus dem Rechtsamt zur Beratung in den Ausschuss hinzuzuziehen über die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen der Stadt Köln.

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen schlägt vor, dass nach den Sommerferien nachzuholen, sofern die Häuser auch dann noch leer stehen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - halbjährlicher Bericht, Stand 30. März 2022 1022/2022

Herr Kircher, SPD-Fraktion, bittet darum, die Mitteilung erneut vorzulegen, nachdem sie dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt wurde.

Die Ausschussvorsitzende Frau Ruffen wäre daran interessiert, den Geschäftsführer von Hochtief in den Ausschuss einladen zu lassen, damit dort einmal aus der Sicht des Partners über ÖPP berichtet wird.

Sie schlägt vor, eine Ausschusssitzung beispielsweise in der Gesamtschule Rodenkirchen durchzuführen.

Das Gremium bestätigt, dass daran grundsätzliches Interesse besteht, woraufhin Frau Ruffen die Verwaltung bittet, eine solche Sitzung zu planen.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zurückgestellt und soll nach Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss erneut vorgelegt werden.

**7.2 Sachstand zu Schulhofentsiegelungen - zu AN/2094/2021
(Beschluss des Finanzausschusses vom 04.10.2021)
1334/2022**

Herr Schmidt, Fraktion VOLT, bittet darum, Pläne der zur Entsiegelung vorgesehenen Flächen zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Frau Rinnenburger erklärt, dass zu den beplanten Flächen entsprechende Landschaftspläne vorhanden sind. Diese könne die Verwaltung nach den Sommerferien nachliefern. Auch für die nachträglich hinzugefügte Schule in der Wendelinstraße gibt es einen fertigen Plan.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**7.3 Information zu den Interimsstandorten Kreuzer Straße und Venloer Wall
1500/2022**

Der TOP wurde bei TOP 2.1 mit besprochen (siehe dort).

Frau Henk-Hollstein, CDU-Fraktion, wurde gebeten, prüfen zu lassen, ob von der Arbeiterwohlfahrt oder vom Rom e.V. genutzte große Flächen in der Nachbarschaft für ein Interim nutzbar wären.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**7.4 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Grundschul-Interims
auf der Vogelsanger Straße statt am Venloer Wall vom 7.4.2022
1621/2022**

Der TOP wurde unter TOP 2.1 mit besprochen (siehe dort).

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**7.5 Zwischenbericht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.03.2022
1650/2022**

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

**7.6 Interimsstandort Venloer Wall - zu AN/1051/2022
1766/2022**

Der TOP wurde im Zusammenhang von TOP 2.1 mit besprochen (siehe dort).

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

8 Mündliche Anfragen

Herr Schallehn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf eine Entscheidung des Landtags zur **Änderung des Denkmalschutzes** in Bezug auf **Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden**. Er möchte wissen:

1. Bei welchen auf ihre Eignung für Solaranlagen geprüften Gebäuden wurden Photovoltaikanlagen aus Denkmalschutzgründen abgelehnt?

2. An welchen Gebäuden ergäbe sich nach der geänderten Entscheidung die Möglichkeit, Solaranlagen nun zu ermöglichen?

Frau Rinnenburger antwortet, dass bei der Prüfung von Photovoltaikanlagen immer zuerst die Statik und dann der Denkmalschutz geprüft wird. Alle Schulen im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, die Denkmäler sind, sind geprüft. Aktuell wird mit dem Denkmalschutz geprüft, ob einzelne Schulen aus der Denkmalliste herausgenommen werden können. Ob da Schulen dabei sind, die ansonsten statisch geeignet sind für Photovoltaik kann aktuell noch nicht gesagt werden, weil die Abstimmung noch läuft.

Herr Schallehn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hat festgestellt, dass es im **Ratssaal** an den Arbeitsplätzen kaum **Stromanschlüsse** gibt. Die wenigen vorhandenen Stromanschlüsse seien in einem schlechten Zustand und einzelne Steckdosen lösen sich aus der Verankerung, wenn man am Kabel zieht. Er bittet, dafür zu sorgen, dass man im Ratssaal auch in längeren Sitzungen mit Laptops arbeiten kann.

Frau Rinnenburger weist darauf hin, dass das Ratsgestühl unter Denkmalschutz steht. Sie nimmt die Anfrage als Prüfauftrag an die Verwaltung mit.

Herr Jeschka, sachkundiger Einwohner VOLT-Fraktion, erinnert an seine noch nicht beantwortete Anfrage nach 4 Gebäuden, bei denen sich **extreme Preissteigerungen** ergeben hatten.

Herr Kircher, SPD-Fraktion, fragt nach, wann die im letzten Ausschuss angekündigte Mitteilung zum **Sachstand an der KiTa Baptiststraße in Roggendorf / Thenhoven** vorgelegt wird.

Frau Rinnenburger antwortet, dass die Beschlussvorlage zur KiTa in der Berrischstraße noch in der Mitzeichnung bei der Verwaltung liegt.

Köln, den 9. Juni 2022

gezeichnet Ruffen

Vorsitzende

gezeichnet Bernecker

stellvertretende Schriftführung